

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

188 (16.8.1920)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger 6.— M. einschl. 80 J. Zustellgebühr; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Ablagen 4.80 M.; durch die Post bezogen 4.80 M., ohne Ausgabe- u. Bestellgebühr, monatl. Einzelempl. 25 J.

Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle und Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die 1spaltige Kolonelleite 1.— M. Die Reklamezeile 8.50 M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluss 1/2 9 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Der Kampf um Warschau

Berlin, 15. Aug. Der Chef der 4. bolschewistischen Armee erklärte einem an der russisch-polnischen Front befindlichen Berichterstatter der „Z.“, daß Warschau von vier Seiten eingeschlossen sei und die Einnahme der Stadt kurz bevorstehe. Auf die Frage, ob man mit Polen Frieden schließen werde, erklärte der Armeeführer: Genieß, doch hat sich am 30. Juli in Bialystok eine polnische Sowjetregierung gebildet, und diese wird nach der Einnahme Warschaws dort hin überleben. Wir werden mit ihr Frieden schließen auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Später teilte ein Sowjetkommissar dem Berichterstatter mit, daß in der Vorstadt Warschaws, Praga, bereits gekämpft werde.

Rußlands Absichten in Polen

Ein Telegramm der Sowjetregierung
Berlin, 15. Aug. Der Berliner Korrespondent des „International News Service“ Mister Franz Mason hat sich an den russischen Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, Litwinski, mit mehreren Anfragen gewandt und von ihm die Antwort erhalten. Beachtenswert ist folgendes Telegramm:

Moskau, 11. Aug. Die russische Regierung beabsichtigt nicht im mindesten, Polen zu „reinigen“ (to wipe out). Sie wünscht lediglich, sich Garantien gegen neue Angriffe zu verschaffen und verlangt deshalb die Verabreichung der polnischen Heeresstärke auf 50 000 Mann. Zu gleicher Zeit aber sollen die polnischen Arbeiter der organisierten Gewerkschaften bewaffnet werden, um Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Diese Arbeitermilitär werde das Gegengewicht gegenüber den polnischen imperialistischen Großgrundbesitzern bilden. In der Bewaffnung der polnischen Arbeiter sucht sich die Sowjetregierung die wirksamste Garantie zu verschaffen, indem sie darauf vertraut, in ihnen ein Bollwerk für den Frieden zu finden. Dies ist ein ganz neuer Gedanke in der internationalen Politik. Das polnische Volk verdient weitestgehende Aufmerksamkeit. Gleichzeitig mit der Bewaffnung der Arbeiterschaft werde die russische Armee aus Polen und von den polnischen Grenzen zurückgezogen werden, wo nur 200 000 Mann belassen werden sollen. Anstatt auf eine russische Okkupation, verläßt sich die Sowjetregierung auf die Bewaffnung polnischer Arbeiter zur Aufrechterhaltung des Friedens. Polen wird Waffen und Kriegsmaterial behalten können, soweit dies für die oben erwähnte Armee und für die Bewaffnung der Arbeiterschaft erforderlich ist. Der Rest muß an Rußland ausgeliefert werden. Allen Familien, deren Angehörige als polnische Bürger im Kriege oder im Zusammenhang mit dem Kriege getötet, verwundet oder erwerbsunfähig geworden sind, ist kostenlos und zu freiem Wahl Land zu überweisen. Dies sind die Hauptpunkte, die, wie Sie sehen, ein Neubeginn sind.

Ihre Vermutungen über unsere Generale, die angeblich die russische Regierung in der Hand haben, sind wahrlich absurd. Jeder Brussilow noch Kuropatkin über eine Kontrolle über die Armee aus; sie gehören lediglich einer beratenden Körperschaft an. Generalissimus ist Kamenev, dessen Generalstabschef Lebedev. Der Oberkommandierende an der Westfront, Tuchatschewski, ist ein vorzüglicher Kommunist und ein junger Offizier. Die oberste militärische Kontrolle liegt in den Händen des revolutionären militärischen Komitees der Front. Die Rote Armee steht vollkommen im Dienste der Sowjetmacht. Sowjetrußland hat am Versailler Vertrag kein Teil und ignoriert ihn. Seine Beziehungen zu Polen und Deutschland basieren auf seinen eigenen Grundgesetzen, an erster Stelle auf der Anerkennung des Rechts der Selbstbestimmung und des Wunsches nach Frieden. Solange nicht ein allgemeines Ueberkommen mit Großbritannien erzielt ist, hat Sowjetrußland völlig freie Hand im Orient. Einschränkungen nach dieser Richtung können einzig und allein durch einen Vertrag oder ein anderes Abkommen beschloffen werden. Dann aber werden solche Einschränkungen allerstrengstens innegehalten werden.

Russische Anklagen gegen Frankreich

London, 15. Aug. In einem in London aufgefangenen Rundpruch erklärt Litwinski, nachdem er die Schuld für die Verzögerung der Waffenstillstandsverhandlungen den Polen zugeschoben hat: „Hinter den Polen steht Frankreich, das in unverantwortlicher Weise den Krieg provoziert. Es ist bekannt, daß vier Milliarden Francs, die für den Wiederaufbau der zerstörten Gegenden Nordfrankreichs der französischen Regierung bewilligt worden waren, für die Intervention in Rußland verwendet worden sind. Außerdem lenkt man kürzlich auf französische Schiffe, die russische Soldaten nach Odessa brachten, Wessertorpede, die ohne Zweifel für die Armee Wrangels bestimmt waren. Frankreich trachtet danach, nicht nur Rußland, sondern auch Großbritannien in seine Falle zu ziehen, weil letzteres uns Versöhnung wünscht. Frankreich versucht, die Versöhnung hier die Verzögerung im Abschluß eines Waffenstillstands aus Rußland zu werfen, es ist aber leicht ersichtlich, daß es der rechte Schuldige ist. Frankreich versucht, der Krieg zu verlängern und verhindert Polen an einer Versöhnung mit Rußland. Die Arbeiter sollen dieser schändlichen Politik der französischen Regierung ein Ende bereiten.“

Große Schiebungen durch Eisenbahnbeamte

Stettin, 15. Aug. Der „Ostseeztg.“ zufolge sind auf dem Stettiner Bahnhof große Schiebungen aufgedeckt worden. Es sollen durch drei Eisenbahnbeamte, die sich in Haft befinden, und geständig sind, mittels gefälschter Frachtbriefe Eisenbahnwagen mit Hafer, Zucker, Heringe usw. nach Berlin gebracht worden sein, wo die Sendungen von Helfershelfern in Empfang genommen wurden. Zwei in die Angelegenheit verwickelte Kaufleute sind geflüchtet. In Berlin sind bereits einige Teilnehmer an der Schiebung, durch welche die Eisenbahn einen Schaden von einer halben Million erleidet, festgestellt worden. Fünf Wagen konnten in Berlin noch angehalten werden.

Französische Sozialisten und Rußland

Paris, 16. Aug. Die aus Moskau zurückgekehrte Delegation der französischen Sozialisten erstattete vor einer Volksversammlung von 10 000 Personen Bericht. Es wurde eine Tagesordnung angenommen, in der sich die Versammlung mit der russischen Arbeiterrevolution solidarisch erklärt und sich verpflichtet, mit allen Kräften gegen einen neuen Krieg aufzutreten. Die Regierung der Sowjetrepublik mußte anerkannt werden.

Die Entschlossenheit der englischen Arbeiterschaft

Paris, 15. Aug. Die Abendblätter melden aus London: Die Meinungsverschiedenheiten zwischen Frankreich und England sind heute in London eine Sache zweiten Grades geworden gegenüber dem Ereignis des Tages: der einstimmige Beschluß der nationalen Arbeiterkonferenz zum Generalkriegsstreik zu nehmen, wenn die Außenpolitik nicht dem Aktionsausschuß zur Genehmigung unterbreitet wird, dem Aktionsausschuß, der anscheinend bestimmt ist, eine permanente Einrichtung zu werden und dem auch reichliche finanzielle Unterstützung von den Arbeiterorganisationen zuerkannt wird. Die Agitation in den englischen Arbeiterkreisen ist offenbar stark und macht sich besonders in der Marine bemerkbar, wo sie ziemlich heftige Demonstrationen hervorgerufen hat. Die Zeitungen bekunden ihr Erstaunen darüber, denn die Arbeiterführer, die sich bisher als die entschlossensten Gegner der Anwendung des Streiks als politische Waffe gezeigt haben, Thomas, Clynes und Adamson sprachen gestern zugunsten des Beschlusses.

Unruhen in der Tschecho-Slowakei

Prag, 14. Aug. Nach einer Meldung aus Troppau vom 13. August wurde dort gegen eine Kundgebung vor der Entente-Kommission Gendarmen und Militär aufgebunden. Als die Zurückziehung der Truppen verweigert wurde, ging die Menge gegen sie vor. Hierbei wurde ein Gendarmenoberleutnant erschossen. Außerdem wurden durch Schüsse der Gendarmen eine Person getötet und 7 oder 8 Personen schwer verletzt.

Umgestaltung der Entente — Ende des Völkerbundes

Paris, 16. Aug. Dem „Echo de Paris“ wird aus Washington gemeldet: Angesichts der antibolschewistischen Politik Frankreichs und der amerikanischen Note die in diplomatischen Kreisen in Washington die Meinung verbreitet, daß das Ende des Völkerbundes und eine Umgestaltung der Entente bevorstehe. Völkerbund und Entente könnten die politischen Meinungsverschiedenheiten zwischen England und Frankreich nicht überleben. Die Ansicht Englands, die Sowjetregierung anzuerkennen, bevor ein dauerhafter Friede in Europa hergestellt sei, könnte die Amerikaner und die Franzosen auf eine Seite und England auf die andere Seite führen. Die amerikanische Regierung würde jedenfalls den General Brangel nicht anerkennen.

Energische und weitgehende Beschlüsse des englischen Arbeiterkongresses

Rotterdam, 15. Aug. In der Sitzung des Arbeiterkongresses in London wurde u. a. eine Entschlossenheit angenommen, wonach der Aktionsausschuß bestehen bleiben soll, bis vollständige Bürgschaften dafür gegeben worden sind, daß die englischen Streikkräfte nicht dazu verwendet werden, Polen oder irgend ein Unternehmen zu Wasser und zu Lande gegen Sowjetrußland zu unterstützen. Weiter verlangt die Entschlossenheit die Zurückziehung der englischen Seestreitkräfte, die an der Blockade gegen Sowjetrußland beteiligt sind, die Anerkennung der Sowjetregierung und die Aufnahme der uneingeschränkten Handelsbeziehungen zwischen England und Rußland. Die Entschlossenheit erklärt ferner, die Konferenz ermächtigt den Aktionsausschuß, nötigenfalls den Streik zu veranlassen, um die oben dargelegte Politik durchzusetzen.

Bereinigter Staat: Rußland

Rita, 16. März. Die „Kölnische Ztg.“ ist in der Lage, aus der über Rußland an Italien gerichteten amerikanischen Note den Schluß mitzuteilen. Die Note wendet sich scharf gegen die Bolschewisten und erklärt dann:

Um die Stellung der Regierung zusammenzufassen, möchte ich in Beantwortung dieser Anfrage Ein. Erklären lassen, daß sie mit Genugtuung eine Erklärung der alliierten und assoziierten Mächte begrüßen würde, daß die Unberührbarkeit des Gebiets und der wahren Grenzen Rußlands respektiert werden soll. Die Grenzen sollten naturgemäß das ganze frühere russische Kaiserreich umfassen, mit Ausnahme von Finnland, dem eigentlichen ethnographischen Polen und aller Gebiete, die auf Grund eines Ueberkommens einen Teil des armenischen Staates bilden würden. Die Ansprüche dieser Völker auf Unabhängigkeit sind als zu Recht bestehend zu betrachten. Jedes von ihnen wurde durch Gewalt annektiert und ihre Befreiung von einer drückenden Fremdherrschaft stellt keinen Angriff gegen russische Gebietsrechte dar und hat die Billigung der öffentlichen Meinung bei allen freien Völkern gefunden. Solch eine Erklärung setzt den Rückzug aller fremden Truppen aus dem Gebiet voraus, das innerhalb dieser Grenzen liegt und nach Ansicht dieser Regierung würde sie erreicht werden durch die Aufhebung, daß keine Ueberbreitung dieser so gezogenen und verbindlichen Linie durch Polen, Finnland oder irgend eine andere Macht gebildet werden wird. Nur auf diese Weise kann die bolschewistische Herrschaft um den Erfolg ihres falschen aber wirklichen Appells an den russischen Nationalismus gebracht und gezwungen werden, sich der unvermeidlichen Herausforderung von Vernunft und Selbstachtung zu beugen, die das russische Volk, sobald es sich von Einschlafen und Gebietsverletzungen frei fühlt, sicherlich an seine soziale Philosophie richten wird, die es berachtet und an eine Tyrannei, die es unterdrückt.

Die Kleafe

Es stinkt! Eine Gaswolke pestilenzartiger Gerüche entsteigt dem in Magdeburg aufgedeckten Sumpfe. „Es war, als sege man den Mist von dreißig Kloaken“ möchte man mit Feine sprechen. Dabei ist der von Spitzeln und Lumpen aufgehäufte Dreck erst oberflächlich durchlüftet, viele Einzelheiten sind wahrscheinlich noch unbekannt. Aber was wir heute schon über die Magdeburger Spitzelzentrale wissen, genügt, um ein Urteil zu fällen.

Wir wollen das Wesentliche hervorheben. Daß sich ein Oberleutnant, ein Referendar und ein Rechtsanwalt in trauter Gemeinschaft mit einem vielfach vorbestraften Zuhälter und Betrüger hinsetzen, um aus dem Nichts Schwindelnarrichten über geheime Verschwörungen, rote Armeen von fünfhunderttausend Mann und alle möglichen und unmöglichen Komplote zu fabrizieren, das ist im Grunde nicht der Kern der Sache. Das wäre die verwerfliche Arbeit einiger privater Subjekte, für die diese allein die Verantwortung tragen. Schwerer wiegt schon, daß Großindustrielle, Kapitalisten aller Art ein solches Unternehmen mit Hunderttausenden ausstatten, damit es seine unfaubere Arbeit in größtem Stil betreibt. Aber selbst das ist noch nicht das Schlimmste. Den Gipfelpunkt erreicht der Skandal dadurch, daß die schmierige und verbrecherische Tätigkeit im Einvernehmen, in Verbindung und mit wohlwollender Förderung amtlicher militärischer Stellen geschieht, jener Nachrichtenstellen, von denen Herr Reichswehrminister Geßler behauptete, daß sie abgebaut würden, während sie in Wirklichkeit ihre Tätigkeit in nur noch intensiverer und gemeinsamer Weise fortsetzen. Jeder anständige Mensch würde diese Tätigkeit mit Ekel und Entrüstung ablehnen. Aber es ist bezeichnend, daß immer gerade da, wo Hinterhältigkeit und Niedertracht ihrer verwerflichsten Form in die Geschichte treten, regelmäßig der Typ des reaktionären Offiziers auftaucht. Jener äußerlich in Korrektheit und Sauberkeit strahlende Typ, der beim leichesten Zweifel an der Fiedelhaftigkeit seiner Ehre zur Pistole greift, er zeigt sich jeder Schandtat, von der Fälligung angefangen bis zum Mordanschlag, sobald er damit seinen reaktionären Zwecken dient. Die zu Kriegszwecken gedrückte Kaste stellt aus ihren Reihen auch die eisalten Arrangure jeden Komplotts.

Nach außen hin wird natürlich alles gelehnet. Der ganze Apparat liegt einträchtiglich und solidarisch. Wir erinnern nur an die Uügenmeldung der Nachrichtenstelle im Reichswehrministerium im Fall Buchruder. Wird einer aus ihren Reihen gefaßt, so kennt man ihn nicht, man hat nie etwas mit ihm zu tun gehabt. Da ist beispielsweise der in Klingenthal gestellte Leutnant Berger der Nachrichtenstelle Chemnitz. Promptes Dementi: Leutnant v. Berger gehöre der Nachrichtenabteilung seit längerer Zeit nicht mehr an. Und die Welt soll glauben, der Herr Leutnant habe seine Tätigkeit als Agent provocateur ganz auf eigene Faust ausgeübt.

Im Magdeburger Falle ist es nicht anders. Einer der Haupthefter der Spitzelzentrale ist der Reichswehrsoldat Arno Friedrich, Kundschafter im Nachrichtenapparat der Reichswehrbrigade Magdeburg. Er hat u. a. den Aufmarschplan der Roten Armee aus seinen Fingern gelogen. Neben ihm ein zweiter Kundschafter der Reichswehrbrigade namens Wertens. Neht erklärt ihr Vorgesetzter, der Hauptmann Nagel, daß ihm die beiden ganz unbekannt seien. Dabei gehören sie der Reichswehr seit Anfang an und haben jedesmal pünktlich ihre Löhnung erhalten. Aber in die Schliche der Reichswehr ist nicht so leicht hereinzulichten. Die zivilen Behörden sind zu Durchsuchungen in Kasernen nur nach Verständigung und mit Hinzuziehung des Militärs bejaht, d. h. praktisch, nach Warnung der Schuldigen und Versteckung des belastenden Materials.

Aber trotzdem steht nicht nur die Beteiligung der Nachrichtenabteilung Magdeburg heute schon fest, sondern auch, daß der Garnisonskommandeur von Magdeburg, Generalmajor Ribbentrop, das Zuhältergesindel der Spitzelzentrale durch Ausstellung amtlicher Ausweise, Vollmachten und sogar Militärfreikarten in einer Weise unterstützt hat, von der man fragen muß, wie sie sich eigentlich mit seinen amtlichen Befugnissen deckt. Die Beziehungen gehen zweifellos noch weiter. So ist charakteristisch, daß der zunächst mit der Untersuchung beauftragte Magdeburger Polizeikommissar — er ist inzwischen seines Amtes enthoben — zunächst in dem Berg von Material nicht das mindeste finden konnte. Dieses Polizeigenie findet sein Seitenstück in dem Amtsgericht Klingenthal, das den Spitzelleutnant von Berger einfach wieder laufen läßt, ohne das Ministerium auch nur im mindesten zu benachrichtigen. Wir haben hier ein treffliches Bild, wie in dem reaktionären Beamtenapparat eine Stelle die andere vor Bloßstellung schützt.

Eines der traurigsten Kapitel bleibt, daß es der Spitzelzentrale gelungen ist, in fast allen linksstehenden Parteien Vertreter zu lauzen, bei den Demokraten, den Unabhängigen, den Kommunisten und leider auch bei der Sozialdemokratie. Natürlich müssen solche Elemente käuflichst ausgemergelt werden. Aber an dem Charakter der Sache ändert sich dadurch nicht das mindeste, denn es ist ja gerade das Wesen solcher Fäulnisherde, daß sie die Fäulnis in die Parteien zu tragen suchen, die sie bekämpfen.

Als unumstößliches Resultat bleibt bestehen, daß durch gewissenlose Fälschung in größtem Maßstabe versucht worden ist, die Deffektivität systematisch irreführend und daß die Quelle dieses Unternehmens unter der Decke gearbeitet hat mit soundsovielen militärischen und polizeilichen Stellen. Die rechtsstehende Presse, die mit Wonne die Fälschermeldungen in sensationeller Aufmachung verbreitete, sucht jetzt einfach den Skandal totzuschweigen oder mit ein paar Notizen kleinsten Formats abzutun, die gerade das wesentliche verschweigen. Auch sie befundet damit ihre Solidarität mit dem Magdeburger Fälscher- und Fälschergehilfen. Umso mehr ist es Pflicht aller anständigen Menschen, dafür zu sorgen, daß die Kloake ausgeräumt wird.

Sabotage der Unternehmer

Wie den „P. B. N.“ mitgeteilt wird, hat der sächsische Arbeitsminister Seidt einer Abordnung von Erwerbslosen in Bezug auf die von diesen behauptete willkürliche und unbegründete Stilllegung von Betrieben folgendes geantwortet:

„Überall, wo bisher Betriebe stillgelegt worden sind, habe ich Nachprüfungen veranlaßt, gemeinsam mit den Betriebsräten und anderen Vertretungen der Arbeiter und Firmen. Wir haben die Bücher, Gelder und Bestände geprüft, aber nirgends auch nur eine Spur von Sabotage vorgefunden.“

Der Minister gab den Arbeitern den Rat, in Fällen, wo wirklich von Unternehmenseite Sabotage getrieben werde, dies sofort unter genauer Darlegung des Sachverhalts und Beifügung der Beweise den zuständigen Behörden anzuzeigen.

Fahrgereien Seiner Majestät

Der Pariser „Matin“ veröffentlicht eine Unterredung mit dem König Alfons XIII. von Spanien, der auf Wilhelm II. nicht gut zu sprechen ist und über einen Wortwechsel erzählt, den er mit ihm gelegentlich einer Zusammenkunft in Vigo hatte. Der Spanierkönig hatte das fürchterliche Verbrechen begangen — und zwar auf ausdrücklichen Rat des deutschen Militärattachés — vor dem Kaiser in ein facher Uniform zu erscheinen:

„Er mochte mir vor seiner militärischen Umgebung und vor der meininge eine Szene mit Vorwürfen —, und Sie wissen, wie ich das liebe. Er macht mich auf meine Ungeniertheit, auf die Unkorrektheit meines Anzuges aufmerksam, und so weiter.“

„Wenn man kommt, den deutschen Kaiser zu begrüßen, muß man große Uniform anlegen. Das hätte ich nicht vergessen sollen!“

„Aber es war dein Militärattaché, der mich falsch informiert hat!“

„Wie? Dein Militärattaché? Habe ich Dir etwa erlaubt, mich zu duzen?“

„Habe ich Dir selbst diese Erlaubnis gegeben?“

„Und die Szene ging in diesem Tone weiter.“

„Seit dieser Zeit gibt es keine kleine Gemeinheit, die er mit nicht anzunehmen versucht hätte, namentlich bei meiner ersten Reise in Deutschland.“

Das ist eitel Wilhelm. Der eitle Narr auf Deutschlands Thron dachte in erster Linie an Neugierigkeiten und stieß lieber Alfons XIII. vor den Kopf wegen eines vermeintlichen Verstoßes gegen die heilige Etikette, als daß er sich bemüht hätte, im Interesse des deutschen Volkes sich die wenigen Freundschaften zu sichern, die er sich noch nicht durch ähnliche Dummheiten verächtlich gemacht hat.

Wie kontrerevolutionäre deutsche Offiziere siebten

Unsere Breslauer „Vollmacht“ weiß folgende interessante Geschichte eines freikorpslichen „Siedlungsunternehmens“ zu geben:

„Das Freikorps Kühme ist Ende Mai aufgelöst worden. Ein Teil der Mannschaften ist in die Reichswehr übernommen worden, der größte Teil, etwa 800 Mann, ging mit Hauptmann Kühme zur Siedlung Jägerheide bei Celle in Hannover. (Mit Genehmigung des Landwirtschaftsministeriums.)“

In Material wurde folgendes mitgenommen: Die umfangreiche Bataillonskammer, circa 80 Pferde mit Geschirr, 40 Wagen, 5 bis 6 Lastautos mit Lebensmitteln, davon allein über 100 Zentner Wurstfleisch, 6 Lastautos, 2 Personenautos, nach mei-

ner Schätzung circa 400 Gewehre, 5 bis 6 Maschinengewehre, 2 leichte und ein schwerer Minenwerfer, außerdem eine ungeheure Menge Munition, so daß der Transport von Eilenburg nach Ebershausen rund 80 Wagen ausschließlich Personenwagen stark war.

Von der Siedlung kommen andauernd Leute zurück, die dort herausgearbeitet werden. Auf Befragen erklären diese, daß sie genau so wie die früheren Bataillonangehörigen von den 90 000 Mark Kantingelbarn, richtiger Geldern aus dunklen Fonds, keinen Pfennig erhalten haben. Weiter, daß Munition und Waffen in der zweiten oder dritten Nacht in der Umgegend vergraben sind, einige Lastautos sich in Magdeburg befinden und dort als Fuhrgemeinschaft Geld verdienen. Ein Personenauto ist in einem Strohschaber untergebracht und vor den Augen der Mitwelt verschwinden. Es wird von seiten der Offiziere beachtet, sämtliche Leute bis auf 70 herauszubringen, um so eine Versorgungsanstalt für die 7 oder 8 Tausend einzurichten. Von einer Genossenschaft kann keine Rede sein, da man diese erst für nächstes Jahr, Oktober, vorsehen hat.

„Doch wahrhaftig hat die Entzettelkommission irgendwelche Nachricht bekommen, denn vor etwa 8 Wochen erschien ein englischer Major in Begleitung des Hauptmanns Stulpnagel vom 4. A. A. als Dolmetscher und forschte eingehend nach dem Verbleib der Waffen des Freikorps.“

Der gegenwärtige Stand der Arbeiten der Sozialisierungs-Kommission

Den „P. B. N.“ wird von zuständiger Stelle geschrieben: Die Kommission hat unmittelbar nach ihrer unterm 16. April 1920 erfolgten Neubeauftragung mit ihren Arbeiten begonnen. Sie hat sich durch Hinzutritt von 15 Mitgliedern auf 23 Mitglieder ergänzt. Sie besteht zurzeit aus den Herren: Prof. Dr. Karl Ballas-Berlin, Friedrich Beltrusch, Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften-Berlin, Oberpräsident a. D. von Valski-Wehau i. Ostpr., Dr. Adolf Braun, M. d. R., Berlin, Adolf Gaben, Arbeitsgemeinschaft-Berlin, Dr. Rudolf Giffert-Berlin, Otto Gue, M. d. R., Eisen-Ruhr-Mittelscheid, Heinrich Kaufmann, Grunau-Berlin, Karl Kautsky-Charlottenburg, Direktor Hans Krämer-Berlin, Dr. Robert Kuschinsky-Berlin, Prof. Dr. Emil Leberer-Heidelberg, Prof. Dr. Hugo Lindemann-Köln a. Rh., Dr. Karl Melchior-Hamburg, Franz Neuhoff, Gewerbeverein Kirch-Dumder, Berlin, Dr. Walter Nathanael-Berlin, Karl Friedrich von Siemens, M. d. R., Berlin, Prof. Dr. Josef Schumpeter-Wien, Paul Umbreit-Berlin, Dr. Theodor Vogelstein-Berlin, Prof. Dr. Alfred Weber-Heidelberg, Georg Werner, Bund der technischen Angestellten und Beamten Berlin, Rudolf Wiffel, M. d. R., Berlin.

Mit den sachlichen Arbeiten hat die Kommission sofort begonnen und hat in Unterabschnitten und Plenum in den verflochtenen drei Monaten 22 mal getagt.

Die zunächst in Angriff genommene Erörterung der Kostenfrage ist abgeschlossen. Der schriftliche Bericht darüber wird im Laufe des August der Regierung mitgeteilt und demnach der Öffentlichkeit übergeben werden (Verlag Hans Nober Engelmann-Berlin).

Die Beratungen über die Zementwirtschaft gehen ihrem Abschluß entgegen, die über die Metallwirtschaft stehen vor ihrem Beginn.

Die Arbeiten über die Sozialisierung durch Übernahme einzelner Wirtschaftszweige seitens der Gemeinden (Kommunalisierung) waren Mitte Juli abgeschlossen. Die inzwischen gefassten Beschlüsse des Stadttages haben eine Wiederaufnahme der Beratungen über einzelne Punkte nötig gemacht. Der abschließende Bericht, der mit als Unterlage für das in Aussicht stehende Gesetz dienen soll, wird nunmehr im September erscheinen.

Die weiteren Arbeiten der Sozialisierungskommission sollen insbesondere auch der Eisenwirtschaft, dem Wohnungswesen sowie der besseren gemeinschaftlichen Ausgestaltung der bereits durch Verstaatlichung dem Privatkapital entzogenen Wirtschaftszweige (Reichseisenbahn, Reichspost) gewidmet sein.

Sozialismus oder Sparpolitik?

Reus auf dem deutschen Hausbesitzergang

In Magdeburg tagte am Sonntag der Zentralverband deutscher Haus- und Grundbesitzervereine. Bei dieser Tagung hat der Landtagspräsident von Anhalt, Genosse Reus, ein Referat gehalten. Nach dem vorliegenden Bericht führte Reus aus:

„Das Haus ist im übertragenen Sinne ein erweiterter Hof. So wenig ein Mensch sein ganzes Leben hindurch einen geborg-

ten Hof tragen will, so wichtig ist es, daß er Gelegenheit erhält, sein eigenes Heim zu besitzen. Hierzu die Möglichkeit zu schaffen, fesse er sich für die Ansparung des erforderlichen Kapitals ein. Die soziale Frage sei mehr als zur Hälfte gelöst, wenn jeder Mensch mindestens 10 000 Mark zum Wohnungserwerb anspare, denn dann gebe es keine Proletarier mehr und auch der Hausbesitzer habe gleichzeitig die Gewähr, daß er nur sichere Mieter erhalte. Da aber freiwillig viele nicht zu dieser Sparsamkeit anzuhalten seien, müsse der Staat sie dazu zwingen. Er habe sich dieser Tage bereits für eine 50prozentige Erhöhung aller Mieten eingesetzt, um den Hausbesitzern die Möglichkeit zur Beseitigung der Hauschäden zu geben. (Zuruf: Viel zu wenig!) Er sei auch bereit, sich für mehr einzusetzen, wenn man ihm die Notwendigkeit nachweise. Er wolle damit nur dartun, daß auch in seinen Kreisen mit der Anschauung gebrochen sei, daß die heutigen Mieten noch angemessen seien.“

Wir müssen die Reus'schen Ausführungen mit aller Entschiedenheit ablehnen. Mit Sozialismus haben diese Gedankengänge nichts zu tun, im Grunde genommen sind sie — ein wenig neu ausgeputzt — jene mandelsteinischen Lehren, die Eugen Richter in seiner berühmten „Spar-Agnes“ verkörpert hat. Es ist sehr schön, dem Menschen als sittliche Pflicht aufzuerlegen, daß er 10 000 Mark spare. Wenn aber gar noch der staatliche Schutzmann hinter ihn gestellt werden soll, damit er sich dieser Pflicht nicht entziehe, so müßte man es doch zuerst als sittliche Pflicht des Staates bezeichnen, jedermann ein entsprechendes Einkommen zu garantieren, von dem er sich ein solches Vermögen ersparen könnte. In den meisten Arbeiterfamilien, auch Angestellten- und Beamtenfamilien, kann heute nicht einmal soviel erspart werden, um die notwendigen Neuanschaffungen an Kleidung, Möbeln, Hausrat usw. zu befreiten. Diesen Familien zeige Genosse Reus einmal, wie sie da noch 10 000 Mark zurücklegen sollen, um eine eigene Wohnung zu erwerben, die übrigens heute mindestens 30 000 Mk. kostet.

Auch gegen die Bereitwilligkeit, die Reus in der Frage der Mieterhöhung zeigt, müssen wir energisch protestieren, da Reus hier einen Standpunkt vertreten hat, der sich mit dem der Partei nicht im mindesten deckt.

Eigenhume für Arbeiter fordern auch wir. Aber dieses Problem ist nur durch Genossenschaften mit starker staatlicher Unterstützung zu lösen, nicht auf dem Wege des individuellen Sparens oder des Sparzwanges.

Inkrafttreten des Entwaffnungsgesetzes

Von zuständiger Stelle wird den „P. B. N.“ mitgeteilt: Das Reichsgesetz über die Entwaffnung der Bevölkerung vom 7. 8. 20 ist veröffentlicht worden. Das Gesetz ist mit dem 11. August in Kraft getreten. Die Diensträume des Reichskommisars befinden sich im Reichsministerium des Innern; Am Königsplatz 6. Der Entwurf der Ausführungsbestimmungen zu dem Entwaffnungsgesetz ist in Arbeit. Der Entwurf wird in den nächsten Tagen mit den beteiligten Reichsregierungen und sodann mit Vertretern der Länder erörtert werden. Er bedarf alsdann der Zustimmung des vom Reichstag gewählten Beirats.

Badische Politik

Die Futterkrippe

Vom Deutschen Eisenbahner-Verband wird uns geschrieben: „In der Nr. 180 des „Bad. Beobachter“ heißt es u. a.: „Wie heute vom „Fouberänen Volk“ a. B. Regierungsräte gemacht werden, dafür nur ein Beispiel. Wie wir hören, ist vom Eisenbahner-Verband bei der Regierung der Antrag gestellt worden, daß der Sekretär des Verbandes Herr Schwall zum Regierungsrat ernannt werde. Um der Sache größtes Nachdruck zu verleihen, wird übermüht mit Urtrüben unter den Eisenbahnern gehetzt. Gibt nun die Regierung nach, so ist die nächste Frage, ob nicht auch der Badische Eisenbahnerverband seinen Regierungsrat haben muß, und mit demselben Recht könnten auch andere Kategorien von Staatsbeamten und andere Berufsstände ihre Ansprüche an die — Futterkrippe des Staates stellen. Wo kommen wir aber hin, wenn es so weiter geht? Der Egoismus ist groß, nicht nur bei den Einzelnen, auch bei den Massen. Wir müssen uns viel mehr bescheiden lernen, wenn wir die fürchterliche Katastrophe vermeiden wollen. Auch Volksregierung und Volksvertretung müssen dem Rechnung tragen!“

Hierzu bemerken wir: An der Spitze des „Bad. Beobachter“ ist soviel richtig, daß die Betriebsräte unseres Verbandes in

Hans und Heinz Kirch

Novelle von Theodor Storm.

(Fortsetzung.)

Beiden Eheleuten erschien jetzt auch das ganze Gebaren des Bruders noch ungewohnt als dordem; dies Eichumherwerfen auf den Stühlen, diese Nichtachtung von Frau Linas sauberen Dielen. Heinz Kirch, das sagten alle, und den Eindruck bewahrte auch Frau Linas eigenes Gedächtnis, war ja ein feiner junger Mensch gewesen. Als beide dann dem Vater ihre Gedanken mitteilten, war es auch dem nichts Neues mehr; aber er hatte geschwiegen und schwie auch jetzt; nur die Lippen drückte er fester aufeinander. Freilich, als er bald darauf seinen alten Pastor mit der Pfiste am Baune seines Vorgartens stehen sah, konnte er doch nicht lassen, wie zufällig heranzutreten und so von weitem an ihm herumzuforschen.

„Ja, ja,“ meinte der alte Herr, „es war recht schicklich von dem Heinz, daß er seinen Besuch mir gleich am zweiten Tag gönnte.“

„Schuldigkeit, Herr Pastor,“ versetzte Kirch; „mag Ihnen aber auch wohl ergangen sein wie mir; es kostet Mühe, in diesem Dorfchen mit dem roten Bart den alten Heinz herauszufinden.“

Der Pastor nickte; sein Gesicht zeigte bloßlich den Ausdruck oraklicher Begeisterung. „Ja, mit dem Bart!“ wiederholte er nachdrücklich und fuhr mit der Hand, wie auf der Kanzel, vor sich hin. „Sie sagen es, Herr Nachbar; und wahrlich, seit dieser unzierliche Bierat Mode worden, kann man die Knaben in den Jünglingen nicht wiedererkennen, bevor man sie nicht selber sich bei Namen rufen hörte; das habe ich an meinen Pensionären selbst erfahren! Da war der blonde Dithmarscher, dem Ihr Heinz — er wollte jeho war darauf vergessen haben — einmal den blutigen Dachtel unter die Nase schrieb; der sich wahrlich einem weißen Hammel, da er von hier fortaug; und als er nach Jahren in meine friedliche Kammer so unerwartet eintrat — ein Löwe! Ich verjichere Sie, Herr Nachbar, ein richtiger Löwe! Wenn nicht die alten Schafsaugen zum Glück noch

handgehalten hätten, ich alter Mann hätte ja den Tod sonst davon haben können!“ Der Pastor sog ein paar mal an seiner Pfeife und drückte sich das Sammetläppchen fester auf den weißen Kopf.

„Nun freilich,“ meinte Hans Kirch; denn er fühlte wohl, daß er ein Lieblingsklima wachgerufen habe, und suchte noch einmal wieder anzufilippen; „solche Signale wie Ihr Dithmarscher hat mein Heinz nicht aufzuweisen.“

Aber der alte Herr ging wieder seinen eigenen Weg. „Bewahre!“ sagte er verächtlich und machte mit der Hand eine Bewegung, als ob er die Schafsaugen weit von sich in die Büsche werfe. „Ein Mann, ein ganzer Mann!“ Dann hob er den Zeigefinger und beschrieb schelmisch lächelnd eine Linie über Stirn und Auge: „Auch eine Dekorierung hat er sich erworben; im Gesicht, Herr Nachbar, ich sage im Gesicht; gleich einem alten Studiosus! Zu meiner Zeit — Seelente und Studenten, das waren die freien Männer, wir standen allezeit beieinander!“

Hans Kirch schüttelte den Kopf. „Sie irren, Ehrwürden; mein Heinz war nur auf Kaufschiffe; im Sturm, ein Solzplitter ein stürzende Stenae tun wohl daselbe schon.“

„Traue dem Sachkundigen!“ rief der alte Herr und hob geheimnisvoll das linke Ohrfläppchen, hinter welchem die schwachen Spuren einer Narbe sichtbar wurden. „Im Gesicht, Herr Nachbar; o, wir haben auch pro patria geschlagen!“

Ein Rächeln flog über das Gesicht des alten Seemanns, das für einen Augenblick das starke Gebiß bloßlegte. „Ja, ja, Herr Pastor; freilich, er war kein Hafensuß, mein Heinz!“

Aber der frohe Stolz, womit diese Worte hervorbrachen, verstand schon wieder; das Bild seines kühnen Knaben verblüht vor dem des Mannes, der jetzt unter seinem Deckhaute.

Hans Kirch nahm kurzen Abschied; er gab es auf, es noch weiter mit der Geschwätzheit des Greisenalters aufzunehmen.

Am Abend war Voll in der Harmonie. Heinz wollte zu Hause bleiben; er hatte nicht dahin; und die jungen Ehe-

leute, die ihm auch nur viel beiläufig davon gesprochen hatten, waren damit einverstanden; denn Heinz, sie mochten darin nicht unrecht haben, war in dieser Gesellschaft für jetzt nicht wohl zu präsentieren. Frau Linas wollte ebenfalls zu Hause bleiben; doch sie mußte dem Drängen ihres Mannes nachgeben, der einen neuen Fuß für sie erhandelt hatte. Auch Hans Kirch ging zu seiner Partie Sechshundschzig; die innere Unruhe trieb ihn aus dem Hause.

So blieb denn Heinz allein zurück. Als alle fort waren, stand er, die Hände in den Taschen, am Fenster seiner dunklen Schlafkammer, das nach Nordosten auf die See hinausging. Es war unruhiges Wetter, die Wolken jagten vor dem Mond; doch konnte er jenseits des Waders, in dem tieferen Wasser, die weißen Köpfe der Wellen schäumen sehen. Er starrte lange darauf hin; allmählich, als seine Augen sich gedöhnt hatten, bemerkte er auch drüben auf der Insel einen hellen Punkt; von dem Leuchtturm konnte das nicht kommen; aber das große Dorf lag dort, wo, wie er hatte reden hören, heute Jahrmarkt war. Er öffnete das Fenster und lehnte sich hinaus; fast meinte er durch das Rauschen des Wassers die ferne Tanamuffel zu hören; und als pade es ihn plötzlich, schlug er das Fenster eilig zu und prang, seine Mute vom Türchen reichend, in den Flur hinab. Als er eben so rasch der Haustür zuging, fragte die Magd ihn, ob sie mit dem Abschlüssen auf ihn warten solle; aber er schüttelte nur den Kopf, während er das Haus verließ.

Kurze Zeit danach, beim Rühren der Schlafkammer für die Nacht, betrat die Magd auch die von ihrem Gaste vorhin verlassenene Kammer. Sie hatte ihr Rämpchen auf dem Vorlage gelassen und nur die Wasserflasche rasch hineinsetzen wollen; als aber draußen eben jetzt der Mond sein volles Licht durch den weiten Himmelsraum ergoß, trat sie gleichfalls an das Fenster und blickte auf die wie mit Silber schaum gekrönten Wellen; bald aber waren es nicht mehr diese; ihre jungen weitreichenden Augen hatten ein Boot erkannt, das von einem einzelnen Manne durch den sprühenden Gischt der Insel angetrieben wurde.

(Fortsetzung folgt.)

einer einstimmig verlangt hat im Beamtentum a. Schwa... die Kontraktion... gelungener... rüfliche... jenseitigen... liche Verhan... engeren Ber... Wehe des... der Betriebs... bezeichnet... legiums der... die Zusamm... hier seit der... trumregister... sind. Von e... Spur. Dah... lichen Verle... merhörte, d... in der neue... die Dauer i... schaltung der... ten und St... wir möglich... weil die hal... nem aller a... se m ä h i... Spitze treibe...

Aus dem... Für die... immer ein... nicht, der 14... nicht möglich... geben. Kur... haben werde... immer vor... suchte er... wurde sodan... z u g u t... Wege wurde... verschiedens... fuchs- und... gebiete der... u a u.

Aus de... Kammer wä... mer und b... B a n d u. B... Dann der r... möglich im... schubes wur... itzerungsbe... ste hat die... stellt fest, d... peinlichere... Saatgut ein... jahre der P... Pflanzenba... juchsfeld in... zum Jahre... tranfheiten

Befond... die Berf... Dorned aus... urtrümliche... von ihr beal... des Schwer... liche Schw... den Fortsch... aufzulösen... bericht dam... Gemüßbau...

Auf de... bings noch... immer noch... das goldene... Das ni... meht, weisse... halneger Lu... ladiger Br... han dem i... lides Weip... und an den... sen stehen... Winkel, um

Doch P... ichen Krupp... Renance ist... der Volksm... ben“ bezeic... ten, die M... treffen woll... Geschäftler... Umzug von... junior. An... kein A... füber kant... nur nach i... Selbstver... Reichthum... die Firmen...

Und di... wicklung an... ständiger S... für sprich... vorrangig... verwaltung... wenigstens... fransösi... Die W i... leit. Und... Raufzeit... ihm kau... in 8

Anlauf von Stockholm im Norden ist bei dem zuständigen Forstamt die Genehmigung einzuholen. Waldbesitzer und private Holzunternehmer können sich künftighin ohne weiteres nach Absatzmöglichkeiten in Baden umsehen. Das öffentliche Angebot von aufbereitetem Holz in den Zeitungen wird nicht beanstandet. Als Handelsstützpunkte gelten bis auf weiteres für unfortiertes und unzerkleinertes Holz frei verladen Station je Ster 60 Mk.; für zerkleinertes Holz frei verladen Station je Zentner 16 Mk., frei Haus bei waggoneisem Verkauf je Zentner 16 Mk. und Kleinderlauf 20 Mk.

Aus der Partei

Kautsky über die 2. Internationale
 Karl Kautsky äußert sich in der Wiener „Arbeiterzeitung“ wie folgt über die 2. Internationale:
 Die Dritte Internationale fordert von ihren Mitgliedern das rückhaltlose Bekenntnis zur Räteform und ihre Unterwerfung unter die Moskauer Erklärung. Durch diesen Charakter der Ausschließung, den sich die Dritte Internationale gibt und dadurch zur bloßen Organisation einer Sekte wird, verhindert sie aber die Vereinigung sämtlicher sozialistischer Massenparteien. Denn daß der Bolschewismus, aus der Eigenart der russischen Kampfbedingungen erwachsen, nicht ohne weiteres auf Mittel- und Westeuropa zu übertragen ist, hat die zweijährige Erfahrung gelehrt. Und daß in der Internationale der Wille aller angeschlossenen Parteien und nicht der einer einzigen richtungsgleichend bleiben darf, erfordert das natürliche, ängstlich behütete Selbstbestimmungsrecht jeder der sozialistischen Parteien. Der Weg der Ausschließlichkeit, den die heutigen Kommunisten wandeln, steht auch im schroffsten Gegensatz zu der Idee der Internationale, wie sie Marx und Engels im kommunistischen Manifest fundiert haben und worauf sich die Kommunisten stützen. Dort heißt es:

„Die Kommunisten sind keine besondere Partei gegenüber den anderen Arbeiterparteien; sie haben keine von den Interessen des ganzen Proletariats getrennten Interessen; sie stellen keine besonderen Prinzipien auf, wonach sie die proletarische Bewegung mobilisieren wollen.“

Die Dritte Internationale, die gegenüber den anderen sozialistischen Parteien eine Zusammensetzung einer besonderen Partei mit sich bringt, der übrigen proletarischen Bewegung fremden Prinzipien darstellt, wird das Erbe der Zweiten Internationale daher nicht gewinnen können.

Kautsky kommt zu dem Schlusse:
 „Die Dritte Internationale der Zersplitterung wird als solche im wesentlichen nur Parteiführer der verschiedenen Länder unter der russischen Führung vereinen.“ Aus ihr wird die erneuerte Internationale nicht hervorgehen. Die erneuerte Internationale wird, nach der Überzeugung Kautskys, in irgend einer Form wieder zu den Grundlagen der Zweiten Internationale zurückkehren müssen. Die Zweite Internationale vereinte in sich alle Parteien, die die Sozialisierung der Produktionsmittel, die internationale Vereinigung der Arbeiter, die Eroberung der Staatsgewalt durch das als Massenpartei organisierte Proletariat erstrebten. Die auf diesem Boden stehenden Parteien sind daher revolutionär und sozialistisch. „Einen grundsätzlich revolutionären Charakter kann eine Partei nur durch ein Programm belunden, und ebenso ihren sozialistischen Charakter, was beides bereits daselbst ist.“ Denn wie soll der Unterschied zwischen sozialistischen Parteien, deren Eintritt in die erneuerte Internationale bemerkt werden soll, mit dem wirklichen sozialistischen Parteien anders als aus dem Programm beurteilt werden? „Will man ihn aus der Taktik entnehmen? Deren Grundzüge, vor allem der Massenkampf als Kampf um die politische Macht, sind mit dem Programm gegeben. Deren Anwendung zu verschiedenen Zeiten in den verschiedenen Ländern hängt aber von so mannigfachen und vielfach gar nicht voraussehenden Umständen ab, daß eine internationale Richtschnur für alle Parteien und alle Zeiten auf diesem Gebiet nicht zu finden sein dürfte.“ Die Grundlagen der Zweiten Internationale, die die Fortwärtigkeit des internationalen Proletariats gelegt haben, sind weitergehend genug, um allen sozialistischen Parteien, also auch den Kommunisten, Raum zu gewähren. Sie erscheinen Kautsky schlichtweg als die einzig mögliche Formel jeder Internationale, gleichwohl, ob sie als Zweite oder Dritte Internationale in Erscheinung tritt, sofern sie sich nicht darauf beschränken will, Lumporganisation der Internationale zu sein.

Bernhard Shaw über die Internationale und den Bolschewismus

Der englische Sozialistenführer Bernhard Shaw, der Präsident des Internationalen Kongresses in Genf war, gewährt einem Redakteur unseres Hamburger Parteiorgans eine sehr eingehende Unterredung, als deren Erguß folgendes gelten kann:

„Sein Eindruck von dem Verlauf der Genfer Konferenz: Sehr ruhig, sehr praktisch. Ich habe noch nie einen Kongreß so gut gearbeitet in so kurzer Zeit erlebt gesehen. Die Konferenz bedeutet einen großen Fortschritt. Das Bewußtsein ist beruht, es wird für die Zukunft gearbeitet.“

Die zweite Internationale wird immer die Repräsentantin des Kerns der sozialistischen Parteien bleiben. Wir haben in der sozialistischen Welt zurzeit zwei Strömungen. Die eine, die jetzt in Rußland regiert, will mit Gewalt den Bolschewismus zur Einführung bringen; die zweite, zu der wir uns bekennen, glaubt dieses Ziel durch sachliche, ruhige Arbeit erreichen zu können. Es gibt Parteien, die zwischen diesen beiden Richtungen hin und her schwanken, jedoch auch diese werden sich ganz klar für das eine oder das andere entscheiden müssen. Ich bin überzeugt, daß sich sehr bald alle wirklichen Sozialdemokraten uns anschließen werden.“

Zu der Stellung und den Aufgaben der englischen und der deutschen Arbeiterklasse in der Internationale meinte B. Shaw: Die Klasse heider Völker ist sehr verschieden, und dementsprechend haben sie verschiedene Aufgaben zu erfüllen. Wir Engländer hatten immer die Gewohnheit, nicht soviel vom Endziel zu reden, dafür desto mehr notwendige Tagesarbeit zu leisten. Die Deutschen waren immer von schönen Ideen besetzt, haben als Ideologen und Theoretiker hervorragendes geleistet und uns viele gute Vorbilder gegeben. Aber schon vor dem Kriege habe ich immer behauptet: Wir werden zuerst zum Endziel kommen. Gerade weil wir so wenig vom Endziel gesprochen und desto mehr Tagesarbeit vollbracht haben. Ich glaube, in beiden Ländern haben die Arbeiter einander vor dem Kriege nicht recht verstanden. Ganz bestimmt hoffe ich, daß jetzt eine Zeit besseren Verständnisses kommen wird.“

Über den Bolschewismus sagte Shaw:
 „Das jetzt in Rußland herrschende politische System nach Westeuropa zu verpflanzen, halte ich für äußerst ausgeschlossen. Nehmen Sie einmal den Fall: In Deutschland wäre eine Partei von vielleicht 600 000 Mitgliedern. Diese Partei wollte für sich beanspruchen, sämtliche Regierungsstellen zu besetzen. Glauben Sie, daß Deutschland sich das gefallen ließe? Ich glaube nicht. Aber eine große Gefahr liegt in Rußland heraus. Rußland besitzt einen starken Militarismus, der von Tag zu Tag wächst. Was diesen Militarismus so unheimlich bedeutsam und gefährlich macht, ist der Haß, den man in Rußland gegen das Ausland nährt, indem die Schuld an allen Leiden, die das russische Volk jetzt durchzumachen hat, der Politik des Auslandes zugeschoben wird. Dieser Haß ist ge-

schürte Haß in Verbindung mit dem immer härter werdenden Militarismus kann als Triebkraft eines Volkes von 100 Millionen Seelen zu einer ungeheuren Gefahr werden, von der wir noch größer und schwerwiegender als diejenige, die der Sowjetregierung ebenfalls von den kommandierenden Generälen der roten Armee droht.“

Gewerkschaftliches

Betriebsräte aller Berufe und Betriebe des Handelskammerbezirks Karlsruhe

Am Mittwoch, 18. August, nachmittags 4 Uhr, findet eine Vollversammlung der Betriebsräte im Gasthaus zum „Elefanten“ statt. Tagesordnung: Preisabbau und die zu ergreifenden Maßnahmen. Referenten: Rechtsanwält Dr. Müller und Stadtrat Jung. Betriebsräte, besonders die in den ländlichen Bezirken wohnenden, müssen alle anwesend sein. Protokollische Zentrale der Betriebsräte Karlsruhe.
 Im Auftrag: Krebs.

Ortsausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Karlsruhe. Im Auftrag: Hof.

Genossenschaftsbewegung

Konsumvereine und Preisfrenkung

Diese Frage behandelt die letzte Nummer der „Konsumgenossenschaftlichen Korrespondenz“, indem sie schreibt:

„In manchen Orten versucht man, durch diktatorischen Maßstab und die Preise im Einzelhandel willkürlich zu beschränken. Die Konsumvereine wehren sich dagegen und begründen ihre Stellung wie folgt:

Diese Art der Preisfrenkung trifft immer nur das, was man legitimen Handel nennt, — heute ziemlich beschränkt — Teil des Handels, der bis zu einem gewissen Grade der öffentlichen Kontrolle untersteht und vielfach durch feste Ein- und Verkaufspreise in seinen Gewinnmöglichkeiten begrenzt ist. Den „wildem“ Handel, der von der Hebertretung sinnlos gemordeter Vorschriften und von dem Bedürfnis der Massen lebt, sich trotz dieser Vorschriften zu verschaffen, trifft man nicht. Der schneidet seine Nieren aus der Haut der Verbraucher trotz diktatorischer Preisfrenkungen, wie er sie geschäftlich hat trotz Höchstpreis- und Minderpreisgesetzgebung.“

Willkürliche Preisfrenkungen müssen aber zur Vernichtung zahlreicher Existenzen führen, weil sie die kaufmännischen Grundlagen des Handelsbetriebs gänzlich zerstören. Der Vorteil, den die Mitglieder der Konsumvereine genießen würden, wenn sie die Waren vom Verkäufer erkaufen würden, durch den Zusammenbruch des gemeinsamen Unternehmens und den Verlust der von den Mitgliedern eingelegten Betriebsmittel, weil die Differenz zwischen Ein- und Verkaufspreis einfach vom Kapital genommen werden müßte. Genau genommen bemitleiden sich die Mitglieder jeden Preisnachlass aus der eigenen Tasche. Ein Konsumverein gibt bekanntlich jeden Mehraufschlag in Form von Minderergütung den Mitgliedern zurück; auch wenn er zu hohe Preise nähme im Vergleich zu den üblichen Tagespreisen, ginge den Mitgliedern nichts verloren. Die Minderergütung würde eben um so höher. Die Mitglieder der Konsumvereine müssen sich für solche scheinbaren „sozialen“ Wohltaten auf Kosten der Lebensfähigkeit ihrer eigenen wirklich sozial wirkenden Unternehmungen bestens bedanken. Sie müssen auch im Bunde mit den Verwaltungen ihrer Vereine alle Hebel in Bewegung setzen, um solchen gemeingefährlichen Unfug zu verhindern. Hier kann tatsächliche Anwesenheit und Verständnis nur begünstigt werden durch sachliche, gemeinsame Prüfung der Preise und der Preisbildung durch Verbraucher und Handel, wie es hier und da meistens schon verläuft ist. Auch wenn man Tausende von Händlern zum Bankrott treibt, ändert man nichts an einer natürlichen, konsequent entstehenden Preisbildung. Ganz besonders aber dann nicht, wenn man die gemeinwirtschaftlichen Preisregulatoren und Preiskontrollbehörden, die man in den Konsumvereinen besitzt, durch unvernünftige Maßnahmen in Stücke schlägt.“

Die Überfüllung der technischen Berufe

Um die ganze Kraft einer Persönlichkeit in einem Berufe zur vollsten Entfaltung zu bringen, müssen Eignung und Neigung eine harmonische Einheit bilden. Unsere Zeit bedarf solcher qualifizierter Menschen mehr als je. Noch immer wenden sich Tausende und aber Tausende den technischen Berufen zu, ohne zu wissen, daß gerade hier mathematische und geistige Fähigkeiten mit einem ausgeprägten Vorstellungsvermögen unerlässliche Voraussetzungen sind, abgesehen von dem Pflichtbewußtsein der Arbeit und der damit übernommenen sozialen Verantwortung. Noch immer fehlt weiten Kreisen die Erkenntnis, daß man nicht Techniker, Ingenieur, Architekt oder Chemiker wird, wenn man auf den sogenannten „höheren“ Schulen nicht mitgekommen ist oder zu den angeblich „höheren“ Schulen nicht zugelassen ist, sondern nur, wenn man eine ausgeprägte natürliche Veranlagung zum Techniker besitzt. Wenn man bedenkt, daß unsere technischen Hochschulen zur Zeit von rund 20 000 Studierenden gegenüber 12 000 vor dem Kriege besucht sind, wenn man die Überfüllung der staatlichen und namentlich der privaten technischen Mittelschulen betrachtet, die ja bekanntlich aus der Schule ein Geschäft machen und in ihren Ingenieurabschritten die Konkurrenz ausüben und deshalb wahllos alles aufnehmen, was sich nur anmeldet und in die Hörsäle noch hineinstreift werden kann, muß man eine Verleumdung des ganzen Technikerstandes befürchten, der feinerer Tarifpolitik gewachsen wäre. Tüchtige Handwerker, die sich als Arbeiter vorstellend bewähren, werden ihre letzten erpöckten Wünsche daran, eine technische Schule zu besuchen und bedenken nicht, daß der Handwerker meist besser gestellt ist als der militäre Angestellte und Beamte. Zu spät bereuen sie den Hebertritt in den angeblich gehobenen Stand. Die Überfüllung der technischen Berufe ist somit eine soziale Gefahr, und es ist höchste Zeit, daß die augenblicklichen Verhältnisse klar erkennen und daß alle Berufsberatungsklassen mit allem Nachdruck vor Erziehung des technischen Berufes warnen.“

Gemeindepolitik

Die Wohnungsnot auf dem Lande. Aus Gillingen

wie er wird uns geschrieben: Auf dem flachen Lande herrscht eine Wohnungsnot, die jeglicher Beschreibung spottet; sechs, acht Personen sind in einem Schlafraum untergebracht; dazu der Vorplatz als Nebenwohnung; sieben Personen wohnen hier bis vor kurzem in einer Wajstübe in einem halb verfallenen Hause wohnhaft. Der Haushaltungsvorstand war Unteroffizier, 5 Jahre im Felde. Das war nun der „Danke des Vaterlandes“. Er zog fort, weil ihm gute Leute eine andere Wohnung in der Stadt abtraten. Dabei sind aber im Gegensatz zu diesem Glend die Parhäuser mit zehn und mehr Räumen ausgestattet, in denen nur zwei oder drei Personen wohnen. Die Herren Parzer stehen, wie sie selbst sagen, außerhalb des Gesetzes; über ihre überflüssigen Wohnräume darf nicht verhandelt werden. — Solche Ausnahmefälle sind auch die Herren Willenbesitzer, die nicht nur Landhäuser besitzen, sondern auch noch in der Stadt ihre Amtswohnung oder

ihre Geschäft haben. Wenn die Geistlichen und hohen Herrschaften nicht abgeben können oder wollen, weil sie sonst in ihrer Befähigung gestört würden, so wäre es vielleicht ganz angebracht, von ihnen zu verlangen, daß sie wenigstens soviel Kapital zur Verfügung stellen, als etwa den abzugebenden Räumlichkeiten entspricht, damit endlich einmal mit dem immer mehr zunehmenden Wohnungsmangel aufgeräumt werden kann. Den Gesetzgebern wird dieser Vorschlag zur Erwägung anheim gegeben.“

Baden b. Neustadt, 11. Aug. Abordnungen der Neustädter Arbeiterkammer veranstalteten in Baden und Langenordnach eine Demonstration wegen vermindelter Milchabgabe.
 p. 108, 9. Aug. Aus dem Gemeinderat. Der Vorschlag wurde beraten, endgültige Aufstellung konnte nicht stattfinden, weil ein in Aussicht stehender Erlaß wegen Erhebung der Umlage abgelehnt werden soll. — Auszug vom Gemeindevorstande wurde gemäß einem Angebot eines hiesigen Handwerkers teils zugestimmt, teils abgelehnt und ein Mehrgebot verlangt. — Der Gemeindevorstand vom 28. Januar über die Erhebung der Vermögenssteuer wurde anders formuliert und lautet nun, daß ein Zuschlag von Hundert vom Hundert erhoben wird. Anstelle des Gemeindevorstandes Josef Hölle und Köpfer Franz Schmalbach werden in die Wohnungskommission gewählt: Steuerberater a. D. Boonh. Weiß und Fr. Eise. Köpfer, Privat; welcher wird der Wohnungsausschuß durch Bantzenhiller Jakob Schatz von Coschauer erweitert. — Bezüglich der stehenden Gemeindefinanz in Höhe von 110 780 M wird ein Schuldenentwässerungsplan aufgestellt mit einer Amortisationsdauer von 20 Jahren und dem Bürgerausgleich zur Vorlage gebracht. — Von einer Verfügung des Bezirksamts Baden betr. Vierverbrauchssteuer wird Kenntnis genommen. Von der Erhöhung der Verbrauchssteuer von 28 Pfg. auf 60 Pfg. wird Umgang genommen, auch soll von der Neuauflage der Verbrauchssteuerordnung abgesehen werden, weil beabsichtigt ist, bis Frühjahr 1921 evtl. dem Wunsch der Interessengemeinschaft der Gastwirte des Necktals, die Verbrauchssteuererhebung ganz aufzuheben. — Ein Versuch wegen Erhebung eines Abfuhrgebührens durch eine Kameralstation wird ins Auge gefaßt. — Bezüglich der Laubfäden wird die Genehmigung erteilt, daß mit Einverständnis sämtlicher einem Los zugewiesenen und vorheriger Verständigung des Ortsrats, Laub außer dem festgesetzten Sitzezeit gebolt werden darf.

Vergrößerung der Vereinigung deutscher Wohnungsämter

Die Vereinigung deutscher Wohnungsämter hat der Regierung eine Eingabe unterbreitet, eine Verordnung zu erlassen, nach welcher Einzelpersonen, die eine selbständige Wohnung innehaben, zwangsweise in andere Wohnungen einzuweisen werden können, damit deren selbständige Wohnung wohnungslosen Familien zugute kommt. Das Wohnungsamt macht darauf aufmerksam, daß es im eigenen Interesse der erwähnten Personen liegt, wenn sie schon in ihren Haushalten zusammenleben. Es ist so der Vorteil gegeben, daß befreundete Personen und Familien zusammenziehen. Nicht nur die Miete, sondern auch die Kosten der Lebensführung werden sich durch gemeinsame Verdringung der Lebensbedürfnisse (Essen, Licht, Heizung, Dienstpersonal usw.) bedeutend erniedrigen. Später kann keine Minderleistung als freundschaftliche Beziehungen angenommen werden. Anträge auf Zusammenlegung der Haushalte werden sofort berücksichtigt. Mietverträge hindern nicht. — Weiterhin ist der Antrag an die Regierung gestellt worden, sofort die K a l e n d e r z u W o h n u n g e n z u e r l a s s e n. W o r a u f hat das Wohnungsamt hierüber noch keine Verfügungsbezugnahme.

Die Gebühren der Reichshäuser. Das Ministerium hat

bestimmt: Der Reichshäuser hat für die Reichshäuser und Ausstellungen des Reichs und Reichstages, einschließlich der dazu verwendeten Vorstände, eine vorbestimmte des Minderbetrags durch die Beteiligten aus der Gemeindefürsorge zu zahlende Gebühr von 5 Mk. zu bezahlen. In größeren Gemeinden, sowie in den Gemeinden mit zerstreut liegenden Häusern und Zinsen kann diese Gebühr vom Bezirksamt mit Anhörung des Gemeindevorstandes, falls der Reichshäuser ein Kilometer und darüber vom Wohnort des Reichshäusers entfernt vorzunehmen ist, bis auf 10 Mk. ausnahmsweise, unter besonderen Verhältnissen bis auf 12 Mk. erhöht werden.

Soziale Rundschau

Muster-Arbeitsordnung. Die lang erwartete Muster-Arbeitsordnung des Reichsarbeitsministeriums, nach welcher alle gewerblichen Betriebe mit mehr als 20 Arbeitnehmern infolge des Betriebsrätegesetzes ihre bis zum 1. Januar 1919 erlassenen Arbeitsordnungen schon bis zum 1. September zu erneuern haben, wird soeben in Nr. 45 des „Zentralblattes für das Deutsche Reich“ amtlich bekanntgegeben. Die Nummer ist für 60 Pfg. postfrei von Carl Heymanns Verlag in Berlin W. 8 (Mauerstraße 43/44) zu beziehen. Nebenher gibt der Verlag eine als Schreibunterlage benutzbare Foliensammlung mit praktischen Zusätzen und Erläuterungen heraus, von der die zur Durcharbeitung und Drucklegung nötigen drei Stück postfrei 11 Mk. kosten.

Berichtszeitung

Silber- und Platin-„Geschäfte“. Bei der Ehefrau Lydia D a d e w i g in Konstanz hatte der bekannte Schieber und Schmuggler Erwin K a s p e r von Aettingen (Schweiz) sein Absteigequartier. Der Kaufmann W y l e r, der sich in Konstanz von einer Schlafkrankheit erholen wollte, hatte Frau D a d e w i g gelegentlich auch einen Besuch ab. Bei einer solchen Gelegenheit kaufte er einen Barren eingeschmolzenes Silber im Gewicht von 4 Kilo, der dann nach der Schweiz geschmuggelt wurde. Dann verkaufte ein gewisser M e r z, der sich den feinklingenden Namen B l o c h i n s k y zugelegt hatte, einen Platinbarren an Kasper und ließ sich eine Anzahlung von 18 000 Mk. geben. Später stellte sich heraus, daß das soeben Platin gewöhnliches Blei war, das allem Anschein nach von M ü n z n g u n g hergestellt war. Die Strafkammer in Konstanz verurteilte den M e r z zu 3 Monaten Gefängnis und 3000 Mk. Geldstrafe, M ü n z n g zu 8 Monaten und 800 Mk. Frau D a d e w i g zu 3 Wochen und 1000 Mk. und W y l e r zu 1 Woche und 800 Mk. Geldstrafe.

Schreibmaschinenhandel. Der arbeitslose Hermann Fried-

rich fuhr aus Singen tat in Durlach beim Aufstellungs-Kommando des Train-Bataillons Ordnungsdienst. Dabei sah er, daß eine gute Schreibmaschine auf dem Büro des Bataillons verlagert wurde. In der Nacht zum 20. April holte er diese Maschine aus der eisernen Kiste, in der sie untergebracht war, heraus und verlegte sie dem Gustav Wendler, Wehrgewer aus Durlach, den er eben kennen gelernt hatte, und der dem Fuhrer während der Ausführung seines Diebstahls Wache stand, zum Fenster hinaus. Beide verkauften dann die Schreibmaschine für 1900 M an den Konditor Arthur Weber aus Frankfurt-Oberstadt, der im Auftrage eines Schreibmaschinenhändlers Schreibmaschinen aufkaufte. Wegen schwerer Diebstahls erhielt auch eine Gefängnisstrafe von 6 Monaten, abzüglich 4 Wochen Untersuchungshaft, der Wendler eine Gefängnisstrafe von vier Monaten. Weber wurde von der Anklage der Helferei freigesprochen.

Tunmer nach die Mannheimer Eisenbahn Diebstahle. Die Ge-

richtsverhandlungen über die Diebstahle auf dem M a n n h e i m e r Rangierbahnhof sind noch nicht zu Ende. Vor dem Strafhammer hatten sich wiederum 21 Personen wegen dieser Diebstahle oder Helferei zu verantworten. Die Strafen lauteten von einem Jahr Gefängnis bis herab zu einer Woche.

Durlach
 Sozialist
 in Mitg
 in jeber
 von der
 schiedl
 heutige
 (1) e r
 genossen
 Eine A
 gungen d
 wies der
 rusene W
 Eine
 Sozialdem
 der Reich
 sprache u
 heutzutag
 ngkeit der
 meinberat
 rungen al
 fassen un
 tern und
 der Verhö
 der Verhö
 Sausch
 mancher
 (1) e r
 wies den
 punkte zw
 sären, un
 organisat
 Ausdrück
 rüber von
 Nietorog
 Gelehrer
 problems
 Schlußwo
 llich und
 wurde be
 und wurde
 ein Ausfü
 W ö h m
 Mastatt
 z. P
 derfamili
 aus Karls
 Progen“
 troffen un
 troffen in
 politischen
 wie unier
 ausgedrück
 lichen Reich
 ichte das
 fuffion we
 nessen S
 In einem
 Standpunk
 lung des
 * Fr
 Bürgermei
 Oberjustiz
 Staatsam
 sarißen S
 Mann
 etwa 100
 warenlog
 Mann
 Franzosen
 lisch und
 kleine Deu
 mehr über
 dem Aufse
 annahm,
 sam mache
 teroffizier
 schiffertig
 icht nach d
 französisch
 zur Abschl
 tatsächlich
 Mann
 wurde die
 landet, die
 Verlebte
 liche Witte
 Diebstah
 machte ihre
 legte, den
 nam. Der
 les den Ju
 Bre wurde
 Storch
 sucht hiel
 Tätigkeits
 lom zum
 verlogung
 Megerung
 tige. Die
 nische Frag
 statut. Wei
 von Gerns
 Hauptberf
 Malch
 nach in Mal
 epidemie be
 Dittschin
 druch löst
 und trofen
 5jährige
 Bauer Gott
 1. Freis
 Gefängnis
 tützig aus
 von befrist
 fetner Ver
 einem Geht
 1. Kropp
 Stationsam
 Deltation
 Abreist wo
 angegeben
 hexatel bei
 Abreise des
 Diersch
 bemitteln

Aus dem Lande

Durlach

Sozialdemokratischer Verein. Ueber „Kapitalistische und sozialistische Volkswirtschaft“ sprach in der über schwach besuchten Mitgliederversammlung vom letzten Freitag Gen. Ziegler in sehr interessanten und lehrreichen Ausführungen. Ausgehend von der Marx'schen Werttheorie und der Akkumulationslehre schilderte er kurz die moderne kapitalistische Entwicklung, ihren heutigen Stand und behandelte dann eingehender die Sozialisierungsfrage. Zum Schluß kam er auf die Frage der gesellschaftlichen Produktion und Warenverteilung zu sprechen. Eine Aussprache zu den recht beifällig aufgenommenen Darlegungen des Gen. Ziegler wurde nicht gewünscht. Zum Schluß wies der Vorsitzende noch kurz auf die zu Samstag abend einberufene Volksversammlung und forderte zum Besuch derselben auf.

Eine öffentliche Volksversammlung, einberufen von der Sozialdemokratischen Partei, fand am letzten Samstag abend in der Festhalle statt. Der Zweck der Versammlung war, eine Aussprache über die Gründung eines Mieterkühlschloßvereins vorzubereiten. Doch entsprach der Besuch keineswegs der Wichtigkeit des Themas. Das einleitende Referat hielt Gen. Gemeinderat Steinbrunn, der aus einem diesfälligen Erfahrungsschatz als Vorkämpfer des Mieterkühlschloßvereins anknüpfend die vielfachen und beiderseitigen Interessen, teils geboren aus der Verhältnisse, zum Teil aber auch aus dem Mangel der Hausbesitzer heraus, nicht als solche anzuerkennen er die Vorkämpfer des Mieterkühlschloßvereins, den Mangel an Einigkeit bei manchen Mietern, wie aber auch überzeugend darauf hin, wie viele Differenzen von vornherein unterbunden, wie viel allgemeine Streitpunkte zwischen Mieter und Hausbesitzer befriedigender zu regeln wären, wenn dem Hausbesitzerverein eine geschlossene Mieterorganisation gegenüberstände. — Es lehte eine recht lebhaft ausgeführte, in der mitunter auch politische Gesichtspunkte berührt wurden. Fast allseitig wurde die Notwendigkeit einer Mieterorganisation anerkannt, ebenso aber auch, daß sie nur eine Erleichterung der Lage der Mieter, keine Lösung des Wohnungsproblems bieten könne. Gen. Steinbrunn betonte noch in seinem Schlußwort, daß eine solche Organisation selbstverständlich politisch und religiös vollkommen neutral sein müsse. Einmütig wurde beschlossen, einen Mieterkühlschloßverein zu gründen und wurde zur Durchführung der weiteren notwendigen Vorarbeiten ein Ausschuß gebildet, bestehend aus den Herren Schweizer, Böhm, Steinbrunn, Hefel und Frau Gehrig.

Rastatt

Parteiversammlung. Kürzlich sprach in einer Parteiverammlung unser Abg. Redakteur Gen. G. Schöpplin aus Karlsruhe über „Europäische wirtschaftliche und politische Fragen“. Gen. Schöpplin verstand es, den anwesenden Genossen und Genossinnen in einem fesselnden Vortrag die Lage der Welt, leichtverständlicher Weise die gegenwärtigen politischen Tagesfragen der inneren und äußeren Politik, sowie unsere wirtschaftliche Lage vor Augen zu führen. Der ausgezeichnete Vortrag hätte verdient, vor einer großen öffentlichen Versammlung gehalten zu werden. Leider fehlte die Lust nach einer sehr regen; es beteiligten sich daran die Genossen Spatz, Meiert, Heller, Auf, Hornung und Krenzel. In einem einstimmig angenommenen Antrag wurde der Standpunkt des Gen. Schöpplin und die gegenwärtige Haltung des „Volksfreund“ gebilligt und gutgeheißen.

Friedrichsberg bei Mannheim, 16. Aug. Nachdem drei Bürgermeisterwahlen zu keinem Ergebnis geführt haben, wurde Oberbürgermeister Ernst Wehner bei der Offenburger Staatsanwaltschaft vom Ministerium des Innern zum kommissarischen Bürgermeister auf die Dauer von 2 Jahren ernannt.

Mannheim, 12. Aug. In einer der letzten Nächte wurden etwa 100 Paar Herren- und Damenstühle aus einem Schuhwarenlager gestohlen.

Mannheim, 15. Aug. Von einem Uebergriffe schwarzer Franzosen meldet der Polizeibericht folgendes: Auf dem Jungbusch und der Umgebung entstand am Freitagabend eine nicht kleine Beunruhigung, als Trupps schwarzer Soldaten, das Gewehr über der Schulter, über die Grenze ihres Quartiers nach dem Quisenring hin marschierten. Als ein Schutzmann, der annahm, daß sie den Weg verfehlt hätten, sie darauf aufmerksam machen wollte, nahmen die Soldaten auf Befehl eines Unteroffiziers die Gewehre von den Schultern und zogen sich nach dem Rhein hin zurück. Wie auf Grundbühnen auf der französischen Wache erklärt wurde, hatte die Abteilung, die erst zur Abkühlung eingetroffen und totalunkundig gewesen sei, sich tatsächlich verirrt.

Mannheim, 11. Aug. Im Rhein bei der Altriper-Fähre wurde die Leiche eines bis jetzt noch unbekanntes Mannes gefunden, die etwa 5-6 Tage im Wasser gelegen haben mag. Der Verlebte scheint beim Baden ertrunken zu sein. Um sachdienliche Mitteilungen ersucht die Schiffsmanufaktur.

Wiesloch, 12. Aug. Eine Patientin der Anstalt in Wiesloch machte ihrem Leben dadurch ein Ende, daß sie sich auf den Boden legte, den einen Kopf nach oben und den anderen nach unten. Der Unglücklichen brach das Gewicht des schweren Bettes den Fuß durch den Kopf und spießte sie an den Boden. Die Tote wurde tot aufgefunden.

Borsheim, 14. Aug. Der Bad. Landesverein für Bienenzucht hielt letzter Tage hier seine Hauptversammlung ab. Im Tätigkeitsbericht über die Zuchtergebnisse im vergangenen Jahr zum Ausdruck, daß die Hauptschwierigkeiten in der Zuchtverföhrung bei der Reichsregierung liegen, daß dagegen die bad. Regierung volles Verständnis für die Lage der Bienenzucht bezeige. Die Aussprache drehte sich in der Hauptsache um sachmännliche Fragen, so u. a. über die Massenzucht und das Fraubrenntat. Bei den Vorstandswahlen wurde Notar Rößlinger von Gernsbach wiederum zum Vorsitzenden gewählt. Die nächste Hauptversammlung soll 1922 in Mannheim stattfinden.

Rastatt (A. Eillingen), 15. Aug. Antlisch wird mitgeteilt, daß in Rastatt nicht 1200, sondern 400 Personen von der Ruhr-epidemie befallen sind.

Ottensheim bei Achern, 14. Aug. Im Simmersbachsteinbruch lösten sich von der hohen Wand schwere Steinmassen ab und trafen die unten beschäftigten Arbeiter. Hierbei wurde der 68jährige Andreas Schmalzke sofort getötet und der Steinhauer Gottlieb Götzle schwer verletzt.

Freiburg, 13. Aug. Bei der Einlieferung in das hiesige Gefängnis entpang ein gewisser Bach alias Dornschlegel, gestürzt aus Thüringen, der wegen umfangreicher Hochstapelleiten von verschiedenen Staatsanwaltschaften verfolgt wird. Dornschlegel, der über ein gewandtes Auftreten verfügt, hielt sich vor seiner Verhaftung in Wombach im Wiental auf, wo er bei einem Gastwirt eine Pechschuld von 1100 M hinterläßt.

Krotzingen (A. Staufen), 13. Aug. Auf dem hiesigen Stationsamt wurde eine Kiste angehalten, mit der unter falscher Deklaration 9 Zentner Weizen verpackt werden sollten. Als Abwehrmaß war eine Miltfabrik Jacharias in Tobianna angegeben, während als Abnehmer eine Württenfabrik in Miltfabrik bei Staufen bemerkt war. Vermutlich ist aber die Adresse des Abnehmers fiktiv.

Hersheim, 11. Aug. Die Leiche des seit einigen Tagen vermißten Karl Grampp 4 von hier ist bei Miltersdorf am

Rhein gelandet worden. Der Bedauernswerte hat die selbstmörderische Tat im Zustande nervöser Ueberreiztheit begangen. Er wurde hier beerdigt.

Willingen, 11. Aug. Von einer hiesigen Fabrik wurden giftige Abwässer in die Brigg geleitet. Infolgedessen entstand ein großes Fischsterben. Hunderte von Hechten und Aalen trieben tot auf dem Wasser.

Nadolszell, 16. Aug. Die Mitteilung, wonach auf dem hiesigen Bahnhof Munitionswagen für die Polen bestimmt, angehalten worden sind, bestätigt sich. In den Wagen befinden sich Kartridgen und Drahtverhaue; es handelt sich um 8 Wagen.

Vom Preisabbau

Stodach, 13. Aug. Die hiesige Arbeiterschaft hielt am Mittwoch auf dem hiesigen Bahnhof drei Waggons an und widersteht sich dem Weitertransport, so daß sie hier bleiben mußten. Dasselbe Schicksal ereilte einen Viehwagen des Nachmittags. Die ersten drei Wagen waren in Hebrdorf aufgestellt und für Offenbrugg bestimmt, der vierte kam von Göggingen und sollte nach Durlach. Am Mittwoch Nachmittag befanden sich dreizehn Viehhändler im Bezirk Miltersdorf. Sie lauften dort ganze Dörner auf und zahlten neun Mark für das Pfund Lebendgewicht. Die Arbeiterschaft wurde vom Bezirksamt darauf aufmerksam gemacht, daß das Vieh aus dem Bezirk Miltersdorf stammt und daß das Anhalten auf der Durchfahrt einen geschwändigen Eingriff bedeute. Minister des Innern Remmele, der dieser Tage in Stodach weilte, versicherte, daß man gemeinnützige Schiebungen über die Grenze oberhalb besetze, jedoch unmöglich seien. Sämtliche Transporte waren aus sendungsfreien Ortschaften und ordnungsgemäß mit Papieren versehen.

(Wenn auch von der Arbeiterschaft des badischen Oberlandes hier und da ein Mißgriff vorkommen mag und auch gelegentlich ein Unschuldiger etwas ungar angefaßt wird, so können wir ihn dennoch nur dankbar sein, daß sie so scharf die Vorgänge verfolgt und so rücksichtslos dem Treiben Einhalt zu gebieten versucht. Die Red. d. B.)

Engen, 16. Aug. Kaum hat die neue Ernte begonnen, so wurde auch die Fruchtbarkeit in vollem Umfang aufgenommen. Die Abendzüge sind volgebrannt mit Leuten, die in Bündeln und Bündeln zentnerweise die Frucht forttragen.

Aus der Stadt

• Karlsruhe, 16. August.

Ausgehobenes Holzschieberneft

Seit längerer Zeit wird davon gemunkelt, daß mit der Erteilung von Aus- und Einfuhrbewilligungen ein großer Schwindel getrieben wird, ohne jedoch etwas Greifbares feststellen zu können. Nun ist es der Karlsruher Kriminalpolizei in Verbindung mit preußischen Behörden gelungen, in das Schwindelnetz hineinzugreifen und den Betrag mit gefälschten Ein- und Ausfuhrbewilligungen aufzudecken. Die Manipulationen von ungetreuen Angestellten des Beauftragten des Reichskommissars für Aus- und Einfuhrbewilligungen in Karlsruhe kamen hauptsächlich dadurch ans Tageslicht, daß große Holzmassen zur Ausfuhr an Grenzstationen gebracht worden waren. In die Angelegenheit sind verwickelt die Angestellten des Reichskommissars Emil Neuhner und Waechle in Karlsruhe, die beide verhaftet sind. Außerdem die flüchtigen Personen Herr, Privatmann, der früh Angestellter der Speditionstrama Kassen, Citel, und der Kaufmann Curt Fries von Karlsruhe, die sämtlich flüchtig sind. Außerdem die Kaufleute Otto War (in Haft), Arthur Stern (wieder freigelassen), Fridolin Fischeckler (in Haft) von Karlsruhe, Oskar Müller von Forstheim (wieder freigelassen) und Friedrich Schüle von Forstheim (ebenfalls wieder freigelassen) und eine weibliche Person namens Schewe von Forstheim, die sich auch in Haft befindet.

Verzieltene Blätter sind in der Lage, über folgende Einzelheiten zu berichten: Der Kaufmann Citel erhielt von dem Angestellten der Ausfuhrstelle Neuhner, soweit bis jetzt festgestellt werden konnte, etwa 10 Manufakturulare, die in unredlicher Weise von Neuhner oder Waechle mit dem Stempel der Ausfuhrbehörde versehen worden waren. Die Angestellten der Ausfuhrstelle erhielten von Citel für die gefälschten Manufakturulare vermutlich einige hundert Mark, worauf Citel mit den gefälschten Dokumenten große Schiebergeschäfte ingenierte. Fries verlangte für Ausfuhrbewilligungen, bei denen der Wert d. r. auszuführen Ware etwa 20 Millionen Mark betrug, etwa 5 Millionen Mark und hat auch 600 000 M. erhalten. Er ist heute noch im Besitz der Ausfuhrbewilligung mit dem Amtszugang N. A. V. 40418 über 49 000 Fehmeter Rundholz für eine Holzvertriebs-Gesellschaft Karlsruhe-Rheinhausen, die aber nicht existiert. 6000 Fehmeter sind als Holz in Gammerschlaglagern, später aber befreimlichweise wieder freigegeben worden. Die Ermittlungen in dieser Richtung haben bereits zu einer weiteren Verhaftung geführt. Es ist anzunehmen, daß noch eine große Anzahl dergleichen Ausfuhrbewilligungen im Umlauf ist.

Wenn auch die großen Holzmassen, die zur Ausfuhr auf dem Wasser- und Schienenwege an die Grenzstationen gelangten, auf die Spur der Schiebung geführt haben, so darf andererseits nicht unterdrückt werden, daß ein Mitangehörter von Citel die Verbrechen in einem Fall für eine Ausfuhrbewilligung etwa 3000 M., während er sich in den meisten Fällen wohl durch eine beträchtliche Provision Gehalts gehalten hat. Daß das Geld bei Citel müßlos verdient und auch ebenso ausgegeben wurde, geht aus der Tatsache hervor, daß er sich bei einem Schneider in 2 Monaten für 8000 M. Anzüge machen ließ, die er mit einem Scheck der Fa. Fries in Höhe von 5000 M. teilweise bezahlte. Die Fries wurden durch Vermittlung des Finanzbauers Metz in Offenbach 6000 M. an Schiebergeld bezahlt. Die verschiedenen Schiebergeschäfte haben die Holzfirma Martin Glöder in Offenbach und das hiesige stehende Verkaufhaus um etwa 2 Millionen Mark dadurch gehilft, daß Fries es verstand, nicht nur die Provision einzukassieren, sondern noch 6000 Fehmeter Rundholz ohne Bezahlung von der Firma zu erhalten.

Der Schiebergeschwindel erstreckte sich aber nicht nur auf große Holzgeschäfte, sondern auch auf Verschlebung von Bier, Spezialwaren, Maschinen und alle möglichen bemerkenswerten Dinge des Industrie- und Handelsbedarfs. Der Beauftragte des Reichskommissars für Ein- und Ausfuhrbewilligungen in Karlsruhe bestätigte die Tatsache der Fälschung und teilte ferner mit, daß eine Reihe von Persönlichkeiten, wie eingangs erwähnt, nach Vereitelung der Verdunkelungsgefahr auf freien Fuß gesetzt worden ist, während neuerdings zwei weitere Personen verhaftet wurden.

Mit dieser Sache steht eine Spitzfahung aus Holland in Verbindung, die einen Wert von 2 Millionen Mark darstellt. Ein an dem Betrag allen Anschein nach beteiligter Berliner Rechtsanwalt ist in einem Sanatorium bei Berlin ermittelt worden. Wegen Transportunfähigkeit konnte ein gegen ihn vorliegender Haftbefehl nicht vollstreckt werden. Die hier in Frage kommende Einfuhrbewilligung stammt höchstwahrscheinlich aus der Quelle Neuhner und Genossen. Der Millionenfälscher, Gerichts-assessor a. D. und „Sindikus“ der Niederdeutschen Handels-attengesellschaft, Berlin, Potsdamer Straße 133, Henning Böhm er, der unter anderen den Oberbürgermeister der Stadt Oberfeld um eine Million dadurch betrog, daß er ihm ein gefälschtes Einfuhrdokument über Benzol im Werte von etwa 20 Millionen Mark veräußerte, hält sich noch immer verborgen. Er hat das Dokument von einem stellunglosen Kellerer erhalten. Böhmmer lebte in einem der ersten Berliner Hotels als eleganter

Weltmann auf großem Fuße. In Heidelberg besitzt er eine Villa. Sein Sojus und Mittäter an den großen Schiebungen, Geheimrat Hof- und Intendantrat Hahn, ist gegen Kaution auf freien Fuß gesetzt worden.

Ferien-Spaziergänge

Morgen Dienstag findet wieder ein Ferien-Spaziergang statt. Die Kinderstutzkommission ersucht die Eltern, ihre Kinder zu den genannten Sammelstellen bis 2 Uhr zu schicken. Trinfbescher sind mitzubringen.

(.) Alle aus dem Saargebiete Ausgewiesenen und flüchtigen Saarbewohner werden in ihrem eigenen Interesse gebeten, sich nach Verlassen des besetzten Gebietes, an die nächstgelegene Flüchtlingsfürsorge sofort zu wenden. Es kommen vor allen Dingen in Betracht: Darmstadt, Mannheim, Karlsruhe, Offenbrugg und Düsseldorf. Es wird besonders vor der Abwanderung in die großen Städte gewarnt wegen der dort herrschenden Arbeitslosigkeit und der Wohnungsnot. Ausgewiesene und Flüchtlinge wollen sofort, und zwar schriftlich, ihre Adresse mitteilen der Geschäftsstelle des Saarvereins Berlin-Südwesten 11, Königgräberstraße.

□ Eine Warnung der Eisenbahndirektion. Die Eisenbahndirektion Karlsruhe erläßt folgende Warnung: Das Befahren der Wagen türen, das Ein- und Aussteigen, sowie das Betreten der Trittbretter und Plattformen, während der Zug sich in Bewegung befindet, hat einen verhängnisvollen Umfang angenommen, daß wegen der damit verbundenen Gefahr nicht eindringlich genug gewarnt werden kann. In letzter Zeit ereigneten sich dadurch wieder mehrere schwere Unfälle, die teilweise Menschenleben kosteten. So wurden allein im Bereiche der Eisenbahngeneraldirektion Karlsruhe im laufenden Jahre über 5 Personen getötet und 14 schwer verletzt. Es liegt im allgemeinen Interesse der Reisenden, die in fraglicher Hinsicht bestehenden Vorschriften genau zu beachten. Die Eisenbahndirektion hat bei den Verhandlungen nicht für die Folgen. Diese Zwiderhandlungen gegen die Vorschriften werden mit empfindlichen bahnpolizeilichen Strafen geahndet.

Diese Warnung ist sehr am Plage, denn der Unfug, die Türen aufzusperrten und auf die Trittbretter und Plattformen zu stehen, ist anfangs zum reinen Sport und zu einer Wichtigtuererei geworden und bedeutet auch eine rücksichtslose Verletzung der im Wagen befindlichen Reisenden, insbesondere für die Kinder, welche infolge des Durchzugs Erleichterungen ausgesetzt sind. Auf der anderen Seite ist jedoch auch notwendig, daß von der Bahnverwaltung für den erforderlichen Platz für die Reisenden gesorgt wird.

Fußball. Sportklub Stuttgart, der württembergische Meister, kommt am 22. August zur Rückkehr nach in Weierheim. Ein feiner sportlicher Genuß wird, wie uns geschrieben wird, uns in diesem Spiel geboten werden, das den Höhepunkt der Veranstaltungen anlässlich der Einweihungsfestlichkeiten bildet.

Fußball. Die Mannschaft des Vereins für Bewegungsspiele wird am Dienstag den 17. August, abends 6 Uhr auf dem Sportplatz der Honellstraße der ersten Mannschaft des F.C.M. im Freundschaftsspiel gegenüberstehen.

Bewußtlos aufgefunden wurde am 14. August 1920 nachts 10 Uhr vor dem Hause Kriegsstraße 96 ein lediger Mann aus Freienheim. Er wurde mittels Sanitätsauto in das Stadt-Krankenhaus verbracht.

Messerstecherei. In der Nacht vom Samstag, den 14. August zum Sonntag, den 15. August 1920 gegen 1/8 Uhr machte ein verheirateter Schlosser auf der Poststraße am Mendelsohnplatz (in Anzeig. das er liebes ohne jeglichen Grund in einer Straße der Altstadt in die linke Brustseite gestochen worden sei. Die sofort als schwer erkannte Verletzung machte das Anlegen eines Notverbandes und das Verbringen des Verletzten in das Stadt-Krankenhaus mittels Sanitätsauto erforderlich, wo denn auch festgestellt wurde, daß sowohl Lunge wie Herz durch den Stich verletzt wurde. Ein der Tat verdächtiger Tagelöhner wurde verhaftet.

Verleibshörung der Straßenbahn. Am Sonntag, den 15. August 1920, vormittags 1/8 Uhr brach in der Kaiserstraße Ecke der Kronenstraße die Hochspannungsleitung und fiel auf die Straße herab. Verletzt wurde niemand, doch war der Betrieb der Elektrischen Straßenbahn für längere Zeit gesperrt.

Ertrunken. Gestern nachmittag ist der verheiratete 28 Jahre alte Dreher August Penkenhof aus Grünweidertal und hier wohnhaft, im Ab-sinken in der Nähe des Fährhauses ertrunken. Die Leiche konnte alsbald gelandet werden.

Auf der Flucht verunglückt. Als gestern vormittag in einem Hause der Bürgerstraße ein 18 Jahre alter Zwangsgefangener durch die Polizei festgenommen werden sollte, stürzte er über mehrere Dächer angrenzender Häuser und sprang schließlich aus fünf Meter Höhe in einen Hof. Dabei zog er sich Querschnitten an den Beinen zu, so daß er mittels Krankenautos nach dem Stadt-Krankenhaus verbracht werden mußte.

Rekte Nachrichten

Frankreichs Politik im Osten

Paris, 16. Aug. Der „Temps“ schreibt offiziell beeinflusst: Die französische Regierung hat die polnische Regierung nicht aufgefordert, die Friedensbedingungen der Volkswirtschaften zurückzuweisen. Sie hat sich lediglich darauf beschränkt, den sehr natürlichen Wunsch auszudrücken, daß die Friedensbedingungen, die man annehmen sollte, die polnische Unabhängigkeit und seine ethnographische Integrität nicht gefährden. Ebenso wenig wie die englische Regierung hat die französische Regierung geplant, Truppen gegen die Rote Armee zu entsenden. Militärisch würde es gefährlich sein, ein Expeditionskorps zwischen ein feindliches Deutschland und Rußland zu senden, politisch wäre es ein Mißgeschick, denn die französische Politik beruht darauf, dem Friedensvertrage von Versailles Achtung zu verschaffen, d. h. am Rhein die Macht zu halten. Wenn Frankreich Polen zu beschützen hat, so muß dies im Westen und nicht im Osten geschehen.

Grenzschutz in Ostpreußen

Königsberg i. P., 16. Aug. Der Oberpräsident von Ostpreußen erläßt einen Aufruf an die Bevölkerung Ostpreußens, in dem zum Schutze der Heimat und zur Wahrung der Neutralität die Bildung von Grenz- und Ortswehren genehmigt wird. Alle Schichten der Bevölkerung sollen in diesen Wehren gleichmäßig vertreten sein.

50 000 Ungarn für Polen?

Warschau, 16. Aug. Eine Delegation des ungarischen Parlaments hat dem Vizepräsidenten des Kabinetts einen Besuch ab und erneuerte dabei das Angebot, Polen eine Armee von 50 000 Mann zur Verfügung zu stellen.

Unruhen in Athen

Athen, 16. Aug. Auf die Nachricht von dem Anschlag auf Benizelos hat eine Menschenmenge alle Gebäude der Oppositionsblätter sowie den Wohnsitz des ehemaligen Ministerpräsidenten Koludis zerstört und dessen Mobilien verbrannt. Eine Anzahl Führer der Opposition ist unter der Beschuldigung des Einverständnisses mit den Verübenden des Anschlags verhaftet worden. Der frühere griechische Gesandte in Petersburg, Dragumie, der zu en-... verurteilt wurde, wurde erschossen.

